

# KP der Arbeiter Spaniens (PCTE): Über den Ausnahmezustand und die Passivität der Regierung: Lasst uns die Produktion stoppen

20/03/2020

Quelle: <http://www.solidnet.org/article/CP-of-the-Workers-of-Spain-On-the-Alarm-State-and-the-Passiveness-of-the-Government-Let-Us-Stop-the-Production/>

Übersetzung mittels deepl.com

Die von der Regierung bei der Bewältigung der Gesundheitskrise von Covid-19 ergriffenen Maßnahmen haben einen tief greifenden Klassencharakter. Die Eindämmung, die durch das Dekret zur Errichtung des Alarmzustandes vom vergangenen Samstag verordnet wurde, wird durch die Notwendigkeit der Bourgeoisie begrenzt, weiterhin zu produzieren und damit einen Mehrwert zu erzielen.

Infolgedessen wird ein großer Teil der Arbeiterklasse und der Rest der Angestellten zur Arbeit gezwungen, wodurch ihre Gesundheit und die der Arbeiterfamilien gefährdet wird, um die Profite der Arbeitgeber zu erhalten.

Diese Situation wirkt sich in ungleicher Weise auf die verschiedenen Teile der Mehrheit der Arbeiterklasse aus, aber es waren Millionen von Arbeitern, die heute gezwungen sind, sich an ihrem Arbeitsplatz zu präsentieren, wobei ihre Gesundheit in überfüllten öffentlichen Verkehrsmitteln gefährdet wird, weil gegen sie Geldstrafen verhängt werden können, einschließlich Entlassungen, wenn sie nicht an ihrem Arbeitsplatz anwesend sein sollten.

Wenn das Recht auf Gesundheit in diesen Momenten eine Priorität ist, kann es nicht den Interessen der Arbeitgeber untergeordnet werden.

Der am vergangenen Samstag verabschiedete Erlass hat diese schlimme Situation erleichtert, indem er keine Maßnahmen zum Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz vorsieht. Es wurden keine Maßnahmen zur Verstärkung der Arbeitsinspektion verabschiedet. Es sieht so aus, als ob die Vereinbarungen, die morgen im Ministerrat verabschiedet werden sollen, darauf abzielen, die Aussetzung von Millionen von Arbeitsverträgen und die Übernahme der Kosten für die vom Staat zu erbringende Arbeitslosenunterstützung zu erleichtern. Ebenso wird sie Steuerbeihilfen und Boni in den Arbeitgeberbeiträgen zur Sozialversicherung für alle Unternehmen des Landes festlegen, ohne Unterscheidung zwischen Selbständigen und großen Monopolen.

Der Ministerrat hat weder ergänzende soziale Maßnahmen für die Arbeiterklasse, wie z.B. Hypotheken, Mieten noch Unterstützung bei der Grundversorgung mit Lebensmitteln, festlegen wollen.

Die einzige Möglichkeit, die Gesundheit der Arbeiterklasse wirksam zu schützen, ist heute die Einstellung der Produktion. Die Bilder von heute Morgen in den U-Bahnhöfen von Madrid, Barcelona oder Bilbao oder in den Kontaktzentren, die von den Zulieferern vieler Unternehmen stammen, sprechen für sich selbst. Einerseits werden Institutionen wie das Parlament des Generalrates über das Justizwesen gestoppt, andererseits wird die Arbeitstätigkeit in den Produktionssektoren fortgesetzt.

Die Produktionsunterbrechung hätte am vergangenen Samstag beschlossen werden müssen, wobei das Arbeitsverbot mit Ausnahme der strategischen Sektoren festgelegt hätte werden müssen. In diesen hätte das Dekret die Intervention aller großen Unternehmen beschließen sollen, indem es einige Mindestdienstleistungen zur Sicherung der Versorgung vorsieht, das Personal abwechselnd organisiert und als ersten Schritt alle Maßnahmen zum Gesundheitsschutz garantiert.

Wir erleben, wie Tausende von Unternehmen ihre Arbeiter zwingen, ihren Urlaub zu nutzen, um nicht an ihren Arbeitsplatz zu gehen. In anderen Fällen kommt es zu massiven Entlassungen durch EREs [1] und zur Nichtverlängerung von Zeitarbeitsverträgen, die meist unter einem unverhohlenen Betrug unterzeichnet werden. Nun sind die Auswirkungen der Nichtaufhebung der Arbeitsreformen erwiesen, da diese Krise mit den Maßnahmen konfrontiert ist, die in der vorangegangenen Krise zugunsten der Arbeitgeber ergriffen wurden.

Auf der anderen Seite ist der Rückgriff auf EREs [2], der weitgehend wie in der Krise von 2008 eingesetzt wird, eine gefährliche Waffe in den Händen der Arbeitgeber: Unabhängig davon, wie lange der Ausnahmezustand andauert, können die Unternehmen jedes Verfahren ausweiten, indem sie sich auf wirtschaftliche, organisatorische, technische oder produktive Gründe berufen. Jede Schwierigkeit oder jeder geschäftliche Vorwand wird ausreichen, um weiterhin Verträge auszusetzen oder neue Anpassungen durchzusetzen. Die so genannte innere Flexibilität in den Unternehmen verstärkt die Unternehmerdiktatur an den Arbeitsplätzen und schränkt das Ensemble unserer Arbeitsrechte weiter ein, anstatt Entlassungen zu verhindern.

Da die Regierung darauf verzichtet, die erforderlichen Maßnahmen zum Schutz des Lebens und der körperlichen Unversehrtheit der Arbeitermehrheit in unserem Land zu ergreifen, und da die Situation nach der Annahme des Ausnahmezustands eine ernste und unmittelbare Gefahr für die gesamte Bevölkerung darstellt, sollten es die Arbeiter, ihre Gewerkschaftsorganisationen und ihr gesetzlicher Vertreter sein, die bei der

Verteidigung ihrer Gesundheit vorwärts gehen müssen. Nur das Volk rettet das Volk.

Aus diesem Grund fordern wir:

- Die Einstellung der Aktivitäten in allen Unternehmen, außer in den strategischen Sektoren, wegen der ernststen und unmittelbaren Gefahr für die Gesundheit der Belegschaft.
- Das Engagement aller Unternehmen in den strategischen Sektoren, um ein Minimum an Dienstleistungen und die Gesundheit und Sicherheit der betroffenen Mitarbeiter zu gewährleisten.
- Die Einstellung aller in Bearbeitung befindlichen EREs und ERTes.
- Verabschiedung von Sofortmaßnahmen wie das Moratorium für die Zahlung von Hypotheken und Mieten, die Bewilligung einer Grundsicherung für Familien ohne oder mit begrenztem Einkommen, das Verbot jeglicher Kürzung der Strom-, Wasser- oder Heizungsversorgung.
- Aussetzung der Steuerpflicht für Selbständige, die keine Arbeitnehmer eingestellt haben.
- Intervention sämtlicher privater Gesundheitseinrichtungen ohne jegliche wirtschaftliche Entschädigung.

Für den Fall, dass die grundlegenden Maßnahmen zum Schutz der Gesundheit und Sicherheit der Arbeitnehmer in ihren Unternehmen nicht ergriffen werden, um 100 % des Lohns zu gewährleisten, rufen wir die Arbeitnehmer auf, die im Gesetz zur Verhütung berufsbedingter Risiken vorgesehenen Instrumente zu nutzen, und zwar über ihre Personaldelegierten, die Betriebsräte oder den Präventionsbeauftragten, um über eine Arbeitsniederlegung aufgrund einer ernststen und unmittelbaren Gefahr zu entscheiden. Diese Tatsachen sollten der Arbeitsinspektion zur Kenntnis gebracht werden, und es sollten die erforderlichen Maßnahmen ergriffen werden, um eine eventuelle Geldstrafe zu verhindern, die dem Unternehmen in den Sinn kommt.

Wir werden diese Krise weder mit unserer Gesundheit noch mit unseren Rechten bezahlen.  
Nur die Menschen retten die Menschen.

Politbüro der PCTE.  
16. März 2020

---

1] Entlassung einer Gruppe von Mitarbeitern

2] Vorübergehende Entlassung

## **KP Griechenland (KKE): Sofortige Ergreifung effektiver Maßnahmen zum Schutz der Gesundheit des Volkes und zur Unterstützung der Werktätigen!**

**13/03/2020**

Quelle: <http://de.kke.gr/de/articles/Sofortige-Ergreifung-effektiver-Massnahmen-zum-Schutz-der-Gesundheit-des-Volkes-und-zur-Unterstuetzung-der-Werktaetigen/>

In diesen schwierigen Stunden nimmt die KKE verantwortungsbewusst Stellung und betont, dass sofort alle notwendigen Maßnahmen zum Schutz der Gesundheit und zur Sicherstellung der Rechte der Werktätigen ergriffen werden müssen. Die KKE gab bereits bekannt, dass im Rahmen der vorbeugenden Maßnahmen zum Schutz der öffentlichen Gesundheit alle ihre Veranstaltungen bis Ostern abgesagt werden.

Die jüngsten Regierungserklärungen zur Bekämpfung der Corona-Epidemie versuchen den Eindruck zu erwecken, dass die Regierung alles tut, um einer tatsächlichen Gefahr entgegenzutreten, die spürbare Auswirkungen auf die Gesundheit der Bevölkerung und die Wirtschaft des Landes hat.

Die Wahrheit ist, dass die wirkliche Gefahr von den tragischen Mängeln des Gesundheitssystems ausgeht, die bereits vor dem Auftreten des Coronavirus bekannt waren. Diese Mängel kamen nicht von ungefähr, sie sind nicht objektiv bedingt. Sie sind das Ergebnis der volksfeindlichen Politik, der alle Regierungen zur Unterstützung der Profitabilität der Unternehmensgruppen und zur Sicherstellung der Überschüsse folgten, auch auf der Grundlage der EU-Richtlinien für die Kommerzialisierung und Privatisierung des Gesundheitswesens. Diese Politik hebt praktisch die wichtigsten wissenschaftlichen und technologischen Möglichkeiten auf, die es heute zur Abdeckung der Vor- und Fürsorgebedürfnisse des Volkes gibt. So kamen wir zum Beispiel an den Punkt, dass heute nur 550 Betten in den Intensivstationen in Betrieb sind, wobei bereits vor dem Ausbruch der Corona-

Epidemie 3.500 benötigt wurden.

Die Wachstumsverlangsamung, die es bereits vorher in der Eurozone und weltweit gab, wird jetzt durch die Ausbreitung der Coronainfektionen weiter verstärkt und erhöht das Risiko des Ausbruchs einer neuen Krise in nächster Zeit, vor allem in der Eurozone.

Die Propagandakampagne der Regierung, die sich fast ausschließlich auf die individuelle Verantwortung eines jeden Bürgers konzentriert und eine nationale Geschlossenheit zur Unterstützung der Regierungspolitik fordert, verschleiert das wahre Problem. Die Ergreifung der notwendigen Maßnahmen erfordert es, den Verpflichtungen gegenüber der EU und der Politik der Unterstützung der Wettbewerbsfähigkeit der Monopolgruppen entgegenzutreten, die die Bedürfnisse des Volkes auf dem Altar des kapitalistischen Profits opfern. Das Volk kann und darf nicht wieder dafür bezahlen!

Die Hinweise der Nationalen Behörde für Öffentliche Gesundheit (EODY) fordern die sofortige Ergreifung aller notwendigen Maßnahmen durch die Regierung, um diese Pandemie effektiv zu bekämpfen und gleichzeitig den bereits existierenden Pflegebedarf zu befriedigen, dementst mit ihr in Zusammenhang stehen.

1. Zum Schutz der Gesundheit des Volkes müssen dringend folgende Maßnahmen ergriffen werden:

- Unbefristete Einstellung ärztlichen und pflegerischen Personals zur Nutzung aller Bettkapazitäten in den Intensivtherapiestationen und zur Sicherstellung des Betriebs der Einrichtungen der medizinischen Primärversorgung auf 24-stündiger Basis, um die Krankenhäuser zu entlasten
- Umfassende Ausstattung aller öffentlichen Einrichtungen mit den erforderlichen Desinfektions- und Schutzmitteln, kostenlose Vergabe dieser Mittel an die Bevölkerung, um die inakzeptablen Preisspekulationen zu stoppen
- Wiederinbetriebnahme aller Krankenhäuser, die die ND-PASOK-Regierung 2013 geschlossen hatte (Poliklinik Athen, Westattika, Bobolas u.a.). Sie müssen sofort mit festangestelltem Personal ausgestattet werden und nicht durch die Verlegung von Personal aus anderen Krankenhäusern.
- Der zusätzliche Bedarf an stationärer und ambulanter Behandlung muss auch durch das Requirieren von Gesundheitsinfrastruktur aus dem privaten Sektor abgedeckt werden.

2. Damit die notwendigen Maßnahmen zur Einschränkung und Vorbeugung bei der Bevölkerung auch verbindlich umgesetzt werden können, müssen sie auch durch entsprechende Maßnahmen zum Schutz der Einkommen und der Rechte der Werktätigen selbst begleitet werden. Die bisher angekündigten Maßnahmen unterstützen nur große kapitalistische Unternehmen, während für die Rechte der Werktätigen ein quasi „Quarantänestatus“ vorgesehen wird. Es werden keinerlei Maßnahmen für den wirklichen Schutz des Familieneinkommens für lohnabhängige, Selbstständige und Landwirte sichergestellt, die selbst erkranken oder aufgrund familiärer Verpflichtungen ihre Arbeit einstellen müssen.

Die einheitliche „horizontale“ Regelung der Steuer- und Versicherungspflichten der Unternehmensgruppen, des Großkapitals, der Selbstständigen und Lohnabhängigen durch die Regierung führt letztlich zu neuen Lasten für das Volk.

Die Werktätigen haben über ihre Beiträge an die Sozialversicherungsträger bereits doppelt und dreifach bezahlt, damit sie in solchen Notfällen eine Grundversorgung und Leistungen haben. Sie haben bezahlt und werden weiterhin für ihre Gesundheit über die Nationale Krankenkasse (EOPY) bezahlen, sowie über das Arbeitsamt (OAED) und andere Abgaben an den Nationalen Sozialversicherungsträger (EFKA) zur Absicherung ihres Einkommens im Falle von Arbeitslosigkeit und vorübergehender Arbeitsunfähigkeit (durch Krankheit oder Unfall).

Es müssen zusätzlich zu den normalen Urlaubstagen, zusätzliche freie Tage sichergestellt werden, bei voller Bezahlung und Versicherungsschutz: a) für erkrankte Werktätige, zu Zwecken der Heilung, aber auch zur Vorbeugung der Virus-Ausbreitung, b) für Familienmitglieder, die ein krankes Kind oder einen älteren Menschen betreuen müssen oder keine andere Möglichkeit zur Beaufsichtigung eines minderjährigen Kindes haben.

Darüber hinaus ist die Regierung nicht nur rechenschaftspflichtig, weil sie keine Sanktionen, Bußgelder und Strafen für Arbeitgeber ankündigt, die Arbeitsverhältnisse und Arbeitszeiten verletzen, sondern auch, weil sie die notwendigen Kontrollen aussetzt. Es ist erforderlich, dass die Kontrollen durch die Arbeitsinspektion in den Branchen und an den Arbeitsstätten verstärkt werden, die inmitten der Epidemie nicht zu rechtlosen Räumen werden dürfen.

3. In jedem Fall müssen alle notwendigen Maßnahmen zur finanziellen Unterstützung der Werktätigen und der Menschen aus den Volksschichten ergriffen werden, um den zusätzlich entstehenden Problemen zu begegnen:

- Zunächst einmal müssen, so lange wie erforderlich, alle Zwangsversteigerungen und

Beschlagnahmungen für den Staat, die Banken und alle öffentlichen Versorger, jede Art von Vollstreckungsmaßnahmen und die Strom- und Wassersperren für alle Werktätigen, Rentner, aber auch für Selbstständige ausgesetzt werden, mit Priorität für diejenigen, die unter 12.000 Euro Jahreseinkommen haben.

- Entlassungen ist Einhalt zu gebieten. Hier und jetzt muss es für Saisonarbeiter, die nicht wiedereingestellt werden, wie im Tourismus, im Transportwesen usw., ein Arbeitslosengeld in Höhe von 80% des Grundgehaltes geben. Eine entsprechende Unterstützung muss den Selbständigen mit einem Jahreseinkommen bis zu 12.000 Euro bezahlt werden, die gezwungen sind, ihren Betrieb einzustellen. Ebenso muss Werkträgervon Unternehmen, die ihre Tätigkeit einstellen, für die nächsten 45 Tage eine Notunterstützung in Höhe von 715,68 Euro bezahlt werden.
- Allen Rentnern ist als Nothilfe sofort eine 13. Rente ausbezahlen.
- Insbesondere müssen für die Selbstständigen mit einem Jahreseinkommen bis zu 12.000 Euro folgende Maßnahmen ergriffen werden:

a) Beitragsbefreiung für ihre persönliche Versicherung für die nächsten 4 Monate, ohne Verlust von Rentenansprüchen,

b) Steuerfreibetrag bis zu einer Schwelle von 12.000 Euro und Nicht-Eintreibung der Gewerbegebühren, so dass sie selbst die bereits zunehmenden wirtschaftlichen Folgen bewältigen können.

4. Zusätzliche Maßnahmen müssen im Bereich der Bildung ergriffen werden, um unter der Verantwortung des Staates eine Reihe von Problemen zu bekämpfen, die aus der notwendigen Entscheidung zur Schließung der Bildungseinrichtungen entstehen. Vorrang hat der Schutz der Kinder aus Familien der Volksschichten vor den Folgen der Kommerzialisierung der Bildung, die ungleiche Zugangsbedingungen schaffen und sich in dieser Situation möglicherweise verschärfen.

Erforderlich ist es:

- Maßnahmen zu ergreifen, um so schnell wie möglich die gleichwertige Vorbereitung der 3. Klassen des Lyzeums auf die nationalen Prüfungen, auch mit einer Reduzierung des Prüfungsstoffes, sicherzustellen.
- Alle Probleme, die die Versorgung der Studierenden betreffen, müssen gelöst werden, ihre Verpflegung muss unter Vermeidung von Ansammlungen (verpacktes Essen), fortgesetzt werden.
- Das Problem der Erstattung der Gelder für abgesagte Exkursionen im Inland und ins Ausland, das Tausende von Familien betrifft, muss gelöst werden.

Wir rufen die Werkträgern dazu auf, ihr Schicksal in die eigenen Hände zu nehmen und entschlossen von der Regierung alle notwendigen Maßnahmen zur Sicherung der Gesundheit des Volkes und seiner Rechte einzufordern.

Das Politbüro des Zentralkomitees der KKE

13. März 2020

## **Erklärung des Sekretariats der Initiative kommunistischer und Arbeiterparteien Europas**

**17/03/2020**

deutsche Übersetzung in Verantwortung der Partei der Arbeit Österreichs

Quelle: <http://parteiderarbeit.at/?p=5912>

Die Coronavirus-Epidemie zeigt die verschärften Probleme und die Unzulänglichkeiten der Gesundheitssysteme in unseren Ländern, die ohnehin nicht ausreichen, um den Bedürfnissen der Menschen zu entsprechen, was gegenwärtig mit der Ausbreitung des Coronavirus noch mehr zutage tritt.

Eine verantwortungsbewusste Haltung gegenüber der Verbreitung des Virus kann nicht die Politik verdecken, die seit vielen Jahren systematisch die staatlichen Mittel für das Gesundheitswesen reduziert, die Einstellung von Gesundheitspersonal eingefroren und flexible Arbeitsbedingungen für medizinisches und pflegerisches Personal zum Standard gemacht, Krankenhausabteilungen reduziert, Krankenhäuser geschlossen, die Gesundheitsdienste an den Privatsektor übergeben und die Privatisierung und Kommerzialisierung der Gesundheitsdienste gefördert hat. Die bürgerlichen Regierungen haben uns im Namen eines ausgeglichenen Haushalts und der fiskalischen Stabilität, also im Interesse des Großkapitals, zu der heutigen verwerflichen Situation im öffentlichen Gesundheitssystem geführt. Darüber hinaus sind wir Zeugen eines zügellosen Profitstrebens um die Preise für Materialien, die für die Prävention bestimmt sind, gegen die die bürgerlichen Regierungen keine angemessenen Maßnahmen ergreifen.

Die bürgerlichen Regierungen versuchen, den gravierenden Mangel an medizinischem und pflegerischem Personal und das Problem der erforderlichen Krankeneinrichtungen und Betten zu bewältigen, indem sie nur wenige, zeitlich befristete und schlecht bezahlte Mitarbeiter im Gesundheitswesen einstellen und die Beschäftigten im Gesundheitswesen zwingen, unter erschöpfenden Bedingungen zu arbeiten. Die Europäische Kommunistische Initiative und ihre Parteien werden aufmerksam sein und mit ihrem Eingreifen in die Arbeiter- und Volksbewegung gegen die Ziele der Arbeitgeber vorgehen, die Gehälter zu kürzen, die Gehälter der Arbeitnehmer nicht zu zahlen oder sogar die Arbeits- und Sozialversicherungsrechte einzuschränken.

Die Parteien der Europäischen Kommunistischen Initiative fordern, dass alle notwendigen Maßnahmen zur Bekämpfung der Epidemie sofort ergriffen werden, einschließlich der folgenden:

1. die Einstellung von ständigem medizinischen und pflegerischen Personal mit umfassenden Rechten und eine Erhöhung der Mittel zur Deckung des Personalbedarfs, der Intensivstationen und anderer Einrichtungen, die für das volle Funktionieren der öffentlichen Gesundheitsdienste und Forschungszentren erforderlich sind;
2. die Festanstellung des gesamten medizinischen und pflegerischen Personals, das unter flexiblen und prekären Arbeitsbedingungen arbeitet;
3. die kostenlose Verteilung der notwendigen Präventionsmaterialien unter der Verantwortung des Staates;
4. das Recht auf Arbeitsfreistellung mit vollen Leistungen und Versicherung für Arbeitnehmer, die zu Hause bleiben müssen, um sich um kranke Familienmitglieder zu kümmern.

## **Partei der Arbeit Österreich: Zum Coronavirus COVID-19 und der Situation in Österreich**

**13/03/2020**

Quelle: <http://parteiderarbeit.at/?p=5882>

Die Verbreitung des Coronavirus in Österreich verursacht verständlicherweise Besorgnis unter den ArbeiterInnen, Angestellten, kleinen Selbstständigen und ihren Familien. Die Partei der Arbeit Österreichs verfolgt die Entwicklungen sowie die Regierungsmaßnahmen aufmerksam und positioniert sich mit Verantwortung jenseits von Panikmache und falscher Zuversicht.

Sofern Richtlinien und Maßnahmen wissenschaftlich begründet und fundiert sind, ist es aus Sicht der öffentlichen Gesundheit selbstverständlich wichtig, diese umzusetzen. Es ist aber zugleich festzuhalten, dass sich die Maßnahmen zur Eindämmung der Verbreitung des Coronavirus auf keinen Fall weiterhin zu Lasten der Arbeiterklasse auswirken dürfen. Im Gegenteil ist es erforderlich Maßnahmen zu ergreifen, die sowohl die Gesundheit als auch die Rechte der Werktätigen schützen.

Es ist von absoluter Priorität, dass die Arbeiterklasse nicht die Kosten der Maßnahmen tragen muss. Alle ArbeiterInnen und Angestellte (sowie freie DienstnehmerInnen, freischaffende Künstler und Scheinselbstständige) im privaten und öffentlichen Bereich, die:

- selbst erkranken,
- auf Grund von Risikofaktoren besonders gefährdet sind,
- sich um erkrankte minderjährige oder ältere Mitglieder ihrer Familien sorgen müssen,
- ihre Kinder auf Grund von Schulschließungen betreuen müssen, oder
- auf Grund von Maßnahmen und Regelungen zu arbeiten verhindert sind,

sollen unverzüglich eine Freistellung bei voller Lohnfortzahlung bzw. Ersatz des Verdienstauffalls bekommen.

Es muss außerdem verhindert werden, dass die Situation von den Unternehmen ausgenutzt wird, um die Rechte der Arbeitnehmer zu untergraben und die Arbeitsverhältnisse weiter zu flexibilisieren. Gerade jetzt kommt es darauf an, unsere Rechte zu verteidigen und zur Geltung zu bringen.

Die Auswirkungen dieser Epidemie auf unsere Leben sind nicht einem blinden Schicksal geschuldet, sondern hängen von den ökonomischen und politischen Verhältnissen ab. Die höchst problematische heutige Situation ist ein Resultat der Politik aller bürgerlichen Regierungen sowie der EU, die die Gesundheit dem Profit der Monopole in Pharmaindustrie und Versicherungswesen unterwerfen. Sogar in diesem Moment wird angekündigt, dass EU und Regierung Milliarden für die Unterstützung von Großunternehmen, Banken und Hoteliers zur Verfügung stellen werden, statt die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen.

In den meisten Bereichen der Wirtschaft wird der Betrieb aufrechterhalten, Einschränkungen gelten vor allem für die Freizeit. Es wird an die Selbstverantwortung appelliert und empfohlen, soziale Kontakte einzuschränken, gleichzeitig aber den „regulären Betrieb aufrechtzuerhalten“ und hierfür die zur Verfügung stehenden technischen Mittel zu nutzen, um persönlichen Kontakt auf das Notwendigste zu beschränken. Homeoffice und Telearbeit sind im Bereich der Kopfarbeit hierbei eine Variante, aber auch die andauernde physische Anwesenheit wird zugunsten des Profits der potentiellen Gesundheitsgefährdung untergeordnet.

Die Regierung versucht also, die „persönliche Verantwortung“ und das „soziale Verhalten“ eines jeden im Zentrum der Aufmerksamkeit zu lenken. Damit wollen sie verschleiern, dass das Gesundheitssystem in Österreich in Wirklichkeit große Mängel aufweist und nicht ausreichend auf eine Verschlimmerung der Lage oder ähnliche Situationen in der Zukunft vorbereitet ist. Dieselben reaktionären Kräfte aus ÖVP und Unternehmerverbänden, die mit der Zusammenlegung der Krankenkassen ein Millardendesaster angerichtet und die Beiträge der Werktätigen damit vernichtet haben, tun jetzt so, als wäre kein Geld für den Ausbau des Gesundheitswesens vorhanden.

Es sind dringende Maßnahmen erforderlich, wie die Einstellung des benötigten medizinischen und Pflegepersonals, Erweiterung der Intensivstationen, Versorgung der Spitäler mit den notwendigen medizinischen Mitteln. Statt an die „persönliche Verantwortung“ zu appellieren, soll die Regierung dafür sorgen, dass der Bevölkerung alle notwendigen Hygieneartikel kostenlos und flächendeckend zur Verfügung gestellt werden.

Die Kosten aller notwendigen Maßnahmen sollen in ihrer Gänze vom Staat und dem Großkapital übernommen und drohende Defizite der Krankenkassen ausgeglichen werden. Dazu gehört als Sofortmaßnahme die rigorose Eintreibung der Sozialversicherungs- und Steuerschulden der Unternehmer und eine ordentliche Besteuerung von Gewinnen und Vermögen. Die ArbeiterInnen, Angestellten und kleinen Selbstständige haben genug für die Profite des Monopolkapitals geblutet.

Stellungnahme des Parteivorstandes der Partei der Arbeit Österreichs (PdA),  
Wien, 13. März 2020

## **Kommunistische Partei der Türkei (TKP):**

**17/03/2020**

Quelle: <http://www.solidnet.org/article/CP-of-Turkey-TKP-Socialism-is-imperative-for-our-health/>

Übersetzung deepL.com

Der türkische Gesundheitsminister Fahrettin Koca gab Ende Montag bekannt, dass die Zahl der bestätigten Coronavirus-Fälle in der Türkei innerhalb von sechs Tagen nach dem ersten bestätigten Fall auf 47 gestiegen ist.

Mit dem Hinweis auf die Unfähigkeit der kapitalistischen Welt, Lösungen für die Pandemie zu finden, veröffentlichte die Kommunistische Partei der Türkei eine 12-Punkte-Erklärung zum weltweiten Ausbruch des Coronavirus, die zeigt, wie der Sozialismus für menschenfreundliche Praktiken sorgen würde. Die Erklärung will vergleichen, wie der Sozialismus auf eine solche Pandemie reagieren würde, mit der heutigen inkompetenten Situation der Staaten.

Die vollständige Erklärung lautet wie folgt:

Die kapitalistische Welt und die Türkei gleiten gegen den neuartigen Coronavirus-Ausbruch in ein verzweifertes Chaos. Wir sind nicht zu dieser Situation verdammt. In der sozialistischen Türkei würde der Ausbruch leicht unter Kontrolle gebracht und verhindert werden, dass er sich zu einer sozialen Katastrophe für die Arbeiter entwickelt.

Aber wie? Auf diese Weise;

**1. Alle privaten Krankenhäuser und Einrichtungen würden verstaatlicht.**

Heute funktioniert der Staat mit halber Macht, weil die meisten medizinischen Einrichtungen privat sind. Sogar die staatlichen Krankenhäuser wurden für marktorientierte Gewinne umstrukturiert. Die erste Aufgabe wäre die Verstaatlichung und Reorganisation aller auf der Grundlage volksfreundlicher Prinzipien, um dem Kampf gegen den Ausbruch zu dienen.

**2. Auch die Banken, die Industriebetriebe und der Dienstleistungssektor würden verstaatlicht.**

Diese Verstaatlichungspraktiken würden die Staatsmacht im Kampf gegen den Ausbruch weitgehend stärken. Heute ist die kapitalorientierte Regierung damit beschäftigt, die öffentlichen Ausgaben zu kürzen, um die Ressourcen in die Krise der Bosse zu transferieren. Unter den gegenwärtigen Umständen hätten jedoch alle Ressourcen für die Entwicklung und den Schutz der öffentlichen Gesundheit eingesetzt werden müssen.

**3. Die Verstaatlichungspraktiken würden eine zentrale Planung ermöglichen.**

Zentrale Planung bedeutet den politischen Willen der Werktätigen. Nur so kann ein soziales Problem auf rationale Weise und mit allen verfügbaren Mitteln bewältigt werden. Neben der Produktion würden auch die Städte, die öffentlichen Räume und der Transport auf der Tagesordnung der Planung stehen.

**4. Es würden sofort Institute für die Impfung, die Behandlung und die Kriterien der Diagnose gegen das Coronavirus eingerichtet.**

Die Türkei kann weder Impfungen noch Medikamente zur Behandlung herstellen. Inwieweit die Kriterien der Diagnose richtig funktionieren, ist zweifelhaft, und es war bisher unmöglich, diesbezüglich zuverlässige Informationen zu erhalten. Eine der ersten Angelegenheiten der sozialistischen Türkei wäre es, die Wissenschaftler zusammenzubringen, um sich auf diese Aufgabe in Instituten zu konzentrieren, in denen eine rasche Entwicklung stattfinden würde.

**5. Die Gesundheitsdienste würden völlig kostenlos sein.**

Alle Menschen würden kostenlose Gesundheitsdienste erhalten. Alle wären bedingungslos sozial abgesichert. Masken und Desinfektionsmittel gegen den Ausbruch würden kostenlos zur Verfügung gestellt. Der Zugang zu den Gesundheitsdiensten würde nicht nur in medizinischen Einrichtungen, sondern auch in den Nachbarschaften, Schulen und an den Arbeitsplätzen gewährleistet.

**6. Religion und Staatsangelegenheiten würden getrennt werden.**

In der sozialistischen Türkei hätte die Direktion für religiöse Angelegenheiten (Diyanet) keinen Einfluss auf die Entscheidungsprozesse. Die von der Umrah-Wallfahrt zurückkehrenden Menschen würden gesund unter Quarantäne gestellt, die Studenten würden nicht um Mitternacht aus ihren Schlafsälen evakuiert.

**7. Die Durchführung der Quarantäne wäre nicht willkürlich, sondern eine soziale Pflichtaufgabe.**

Die Durchführung der Quarantäne, die wirksamste Methode gegen den Ausbruch, wäre für die Menschen nicht willkürlich, sondern eine obligatorische und korrekte Praxis als soziale Aufgabe.

**8. Die Medien würden so reorganisiert werden, dass die Wahrheiten an die Öffentlichkeit weitergegeben werden.**

Die Medien würden nicht die Trompete der herrschenden Macht sein, sie würden so umorganisiert, dass sie dem Volk die Möglichkeit geben, wahre Informationen zu erhalten. Daher könnte das Volk zuverlässige Informationen über die Verbreitung des Ausbruchs erhalten.

**9. Die Plünderung der Märkte und die Anhäufung von Vorräten wäre nicht erlaubt.**

Die Menschen haben die Regale geleert, um Lebensmittel und Gesundheitsmaterial zu lagern, da sie kein Vertrauen in den Staat gegen den Ausbruch haben. In der sozialistischen Türkei hingegen würden die Anteile aller garantiert und auch unter schweren Bedingungen geliefert. Eine Vorratshaltung wäre nicht erlaubt.

#### **10. Wirtschaftskrisen würden nicht entstehen.**

Es würde keine Konkurse geben, da die verstaatlichten Unternehmen keinen Gewinn anstreben würden. Es gäbe keine Entlassungen aufgrund von Konkursen und der Profitgier der Bosse.

#### **11. Der Egoismus würde verurteilt, der Geist des Teilens und der Solidarität würde sich durchsetzen.**

Die bewussten Menschen der sozialistischen Gesellschaft würden sich zunächst um die schutzbedürftigen Individuen kümmern und sich in solchen Notlagen ganz und gar für ihre Bedürfnisse mobilisieren. Die Maßnahmen würden sich rasch über die bewusste Gesellschaft durchsetzen, und die gegenwärtige Finsternis der Vernunft würde nicht erlebt werden.

#### **12. Eine sozialistische Gesellschaft wäre hoffnungsvoll.**

Es wäre möglich, von einer selbstbewussten und kaltblütigen Gesellschaft zu sprechen, die angesichts solcher Herausforderungen auf die Wissenschaft und die Zukunft vertraut, statt auf einen psychischen Zustand der Panik, Hilflosigkeit und Hoffnungslosigkeit unter der Führung des Coronavirus.

Einmal mehr zeigt sich, wie wichtig all diese Fakten in der heutigen Zeit des Ausbruchs sind. Wir glauben, dass die Menschheit diese Tage überwinden wird. Die Menschheit wird mit und nur mit diesen Werten bestehen.

Die Kommunistische Partei der Türkei fordert eine solche Gesellschaftsordnung.

Die Kommunistische Partei der Türkei  
Zentralausschuss  
17.03.2020

## **Kommunistische Organisation, Deutschland: Die Regierung lässt uns im Stich – unsere Antwort heißt Solidarität**

**16/03/2020**

Quelle: <https://kommunistische.org/stellungnahmen/die-regierung-laesst-uns-im-stich-unsere-antwort-heisst-solidaritaet/>

Das Corona-Virus beherrscht das öffentliche Leben in Deutschland. Innerhalb von zwei Wochen ist die Zahl der bestätigten Infektionen von 150 auf über 7000 angestiegen, darunter sind bisher 17 Todesfälle (Stand 16.03.20). Und es werden nicht die letzten sein. Diese Zahlen sind zwar im Vergleich zu regelmäßigen Grippewellen noch gering, es muss aber mit einem weiteren, massiven Ansteigen der Erkrankungen gerechnet werden. Gleichzeitig ist bekannt, dass das Virus in erster Linie alte und kranke Menschen tötet. Diese ohnehin schon marginalisierten Teile der Bevölkerung müssen sich also in noch stärkere soziale Isolation begeben, als dies oft bereits der Fall ist, um nicht angesteckt zu werden. Es gibt keine Strukturen, die diese Menschen ausreichend in ihrem Alltag versorgen. Diese Aufgabe müssen Freunde oder Angehörige auf eigene Kosten und Gefahr übernehmen.

Die Regierung und die Medien haben in den letzten Wochen bewiesen, dass es ihnen nicht in erster Linie um die Gesundheit der Bevölkerung geht. Lange wurde die Gefahr verharmlost und ignoriert, dass sich das Virus exponentiell verbreitet. Dafür wurde auf das angeblich gut vorbereitete Gesundheitssystem hingewiesen. In Wirklichkeit fehlten bereits vor dem Corona-Virus ca. 80.000 Pflegekräfte in deutschen Krankenhäusern, und die Kapazitäten für Intensivpatienten geraten schon jetzt an ihre Grenzen. Das ist das Ergebnis der Entwicklungen im Gesundheitssystem, das über Jahre zunehmend privatisiert und auf Profitmaximierung ausgerichtet wurde. Krankenhauspersonal wurde massiv abgebaut; Behandlungen werden nach der Vergütung durch die Krankenkassen ausgewählt, statt aufgrund medizinischer Indikation. Leidtragende sind die Kranken, vor allem aus der älteren und armen Bevölkerung und das medizinische Personal. Das fordert konkret Menschenleben: Durch zu späte Behandlungen oder Behandlungsfehler, aber auch durch Ansteckungen mit resistenten Keimen im Krankenhaus. Das Corona-Virus verschlimmert diese bereits katastrophale Situation nur noch.

In den Wochen nach den ersten bestätigten Infektionen in Deutschland hat die Regierung nur oberflächlich und inkonsequent gehandelt, so z.B. in Bezug auf die Ausstattung der Krankenhäuser, den Umgang mit Großveranstaltungen und der Einreise aus Risikogebieten. Erst durch den steigenden internationalen Druck ist die Bundesregierung jetzt dazu gezwungen zu reagieren und führt weitreichende Maßnahmen durch, wie die Schließung von Schulen, Kindergärten und öffentlichen Einrichtungen. Trotz wochenlanger Vorlaufzeit wirkt ihr Handeln improvisiert. Dieses kopflose Handeln – plötzliche massive Eingriffe ins öffentliche Leben bei gleichzeitiger Beschwichtigung, man habe alles im Griff – haben verständlicherweise zu Panik in Teilen der Bevölkerung geführt.

Die Regierung hat erst so spät gehandelt, weil sie die Wirtschaft, vor allem die Großkonzerne, möglichst wenig beeinträchtigen wollte. Das zeigt sich auch an den nun beschlossenen Milliardenhilfen für Betriebe und Konzerne, weil sie unter der Krise leiden könnten. Diese sind um ein Vielfaches höher, als die zusätzlichen Gelder für Krankenhäuser und Impfstoffentwicklung. Außerdem ist der Zugang zu Kurzarbeit vereinfacht worden. Unternehmen müssen nun nur noch nachweisen, dass 10% der Beschäftigten (normalerweise 33%) von Kurzarbeit betroffen sind und sie haben nur noch eine Ankündigungsfrist von 3 Tagen (normalerweise 14 Tage). Das wird von Unternehmern und Lobbyisten bejubelt, bedeutet aber Lohnkürzungen für Tausende von Beschäftigten, die auch noch durch Steuergelder subventioniert werden. Das Kurzarbeitergeld beträgt gerade einmal 60 bis 67 (mit Kind) Prozent des Nettolohns und wird inklusive der anfallenden Sozialversicherungsbeiträge komplett aus unseren Steuerbeiträgen gezahlt. Während etwa in Italien, Frankreich, Spanien und Griechenland darum gekämpft wird, dass die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Krise nicht auf die arbeitende Bevölkerung abgewälzt werden, bekennt sich der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) zu seiner »Verantwortung« und stimmt den arbeiterfeindlichen Maßnahmen der Regierung zu. Die aktuelle Situation wird somit auch genutzt, um Veränderungen in der Arbeitswelt durchzusetzen, die seit langem von den Unternehmerverbänden gefordert wurden. Die Belastung des Personals in den Krankenhäusern, und damit auch die gesundheitliche Gefährdung, wird de facto sogar noch erhöht werden, weil sich die Beschäftigten um noch mehr Patienten gleichzeitig kümmern müssen. Unser Dank muss allen Arbeitern im Gesundheits- und Pflegebereich weltweit gelten, die oft unter Einsatz des eigenen Lebens dazu beitragen, die Verbreitung des Virus und seine Folgen einzudämmen. Gleichzeitig müssen wir mehr Stellen, höhere Löhne und bessere Ausstattung im Krankenhaus fordern.

Währenddessen läuft der Arbeitsalltag auch in anderen Branchen im Wesentlichen ungestört weiter, obwohl die Arbeiter am Arbeitsplatz oft automatisch einem Infektionsrisiko ausgesetzt sind. Zudem werden viele vor unlösbare Probleme gestellt, wenn es um die Betreuung ihrer Kinder und Angehörigen geht. Die Unternehmen schlagen den Beschäftigten vor, Urlaub zu nehmen oder sich unbezahlt freustellen zu lassen. Der Jahresurlaub ist aber meist schon verbucht und unbezahlte Freistellungen können sich viele nicht leisten. Insgesamt sollen die Kosten so auf die Arbeiter abgewälzt werden. Wir müssen uns mit unseren Kolleginnen und Kollegen zusammenschließen und uns gegenseitig unterstützen, weil der Staat und die Unternehmen nichts für uns tun. Wir müssen geeignete Schutzmaßnahmen am Arbeitsplatz fordern und verhindern, dass Angehörige der Risikogruppen in Gefahr gebracht werden. Statt zur Arbeit zu müssen, sollten sie bezahlt freigestellt werden. Betriebsräten werden aktuell sogenannte Pandemie-Vereinbarungen vorgelegt, in denen sie aufgefordert werden auf ihre Mitbestimmungsrechte zu verzichten. Das müssen wir klar zurückweisen! Der gemeinsame Kampf gegen die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und den Abbau des Arbeitsrechts muss auch in diesen Zeiten stattfinden. Das heißt auch das wir weiter aufmerksam bleiben müssen, welche Maßnahmen von den Unternehmen und der Regierung noch getroffen werden, und genau hinschauen welche Interessen dahinter stehen, unsere Gesundheit oder ihr Profit.

An vielen Orten in der BRD haben Teile der Bevölkerung bereits begonnen, Solidarität zu organisieren: Über soziale Medien haben sich Kanäle gebildet, in denen sich Menschen in ihrer Nachbarschaft zusammenschließen und gegenseitige Hilfe organisieren. Insbesondere den Älteren und Menschen mit geschwächtem Immunsystem muss geholfen werden. Wer nicht zur Risikogruppe gehört und gesund ist, kann in der Nachbarschaft gemeinsam mit anderen den Einkauf erledigen oder sich um Kinder und Haustiere kümmern. Gleichzeitig muss die Ausbreitung neuer Erreger, wie es sie auch in Zukunft geben wird, unbedingt und konsequent verhindert werden. Dafür ist es in dieser Situation auch notwendig, das öffentliche Leben massiv einzuschränken und bei allen Tätigkeiten auf Hygiene und den eigenen Schutz zu achten. Wir wissen nicht, wie sich die Lage in den nächsten Tagen, Wochen und Monaten entwickeln wird. Wir müssen aber darauf vorbereitet sein, dass sich die Situation ähnlich wie in Italien weiter verschärft. Wir dürfen dabei aber nicht in Panik geraten, müssen uns selbst über geeignete Hygienemaßnahmen informieren und unsere Mitmenschen so gut wie möglich aufklären. Wir müssen uns organisieren und denjenigen helfen, die Hilfe brauchen. Organisiert Hilfe für eure Nachbarn, besonders die Älteren. Setzt euch in euren Gewerkschaftsgliederungen dafür ein, dass die Hilfe über die Gewerkschaften organisiert wird, damit sie breiter aufgestellt und einheitlich ist. Setzt euch dafür ein, dass die Forderungen der Pflegekräfte massiv verbreitet werden, dass Kollegen über ihre Rechte informiert werden und dass Arbeitsschutz- und Desinfektionsmaßnahmen ergriffen werden.

In den Zeiten der Krise zeigt dieser Staat sein wahres Gesicht. Er dient nur den Konzernen und nicht den Menschen. Unsere Antwort kann nur heißen: Zusammenstehen, gegenseitige Hilfe organisieren und praktische Solidarität üben!